

Grenzen der Legitimation: zum Strukturwandel der Akzeptanz

Lucke, Doris

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lucke, D. (1996). Grenzen der Legitimation: zum Strukturwandel der Akzeptanz. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 473-483). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140537>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Grenzen der Legitimation

Zum Strukturwandel der Akzeptanz

Doris Lucke

Problemstellung und Ausgangsthese

Legitimationsprobleme stellen sich grundsätzlich jeder Gesellschaft. Die Legitimität und ihre Erhaltung sind – seit Weber (1922, 1972) klassisch – Grunderfordernisse demokratischer Institutionen in einem sehr weit gefaßten und über den engeren Bereich des Politischen hinausreichenden Sinne. Unmittelbar praktische Relevanz gewinnen Legitimation und Akzeptanz als die beiden von der Soziologie lange nur »halbiert«, von der Legitimation her, wahrgenommenen Seiten der Legitimität innerhalb einer Gesellschaft, in der Prinzipien des »*informierten Infragestellens*« und »*kompetenten Dagegenseins*« nicht nur als Attitude kultiviert, sondern tatsächlich praktiziert werden. Dies ist der Fall, seitdem mit der »*Modernisierung moderner Gesellschaften*« – erinnerlich Generalthema des Frankfurter Soziologentags 1991 – auch die Demokratisierung selbstreflexiv und die Akzeptanz in der Bevölkerung damit zum unhintergehbaren Legitimationsfaktor geworden ist.

Nachdem der Bereich des in voraussetzungsloser Unbedingtheit »*Angenommenen*« ständig kleiner geworden und Einverständlichkeit in unserer Gegenwartsgesellschaft immer weniger selbstverständlich ist, hat die »*qualifizierte Nicht-Akzeptanz*« ehemalige Obrigkeits-, Experten- und andere »-hörigkeiten« abgelöst und dabei alte Abhängigkeiten durch neue ersetzt. Seitdem die Institutionalisierung des Zweifels und des Zweifelns auch in das Subsystem Politik diffundierte, ist der »*Akzeptanzvorbehalt*« fester Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland und generalpräventiv zu gewärtigen. Als solcher bildet dieser Akzeptanzvorbehalt ein nicht mehr länger vernachlässigbares Legitimitätsrisiko der Mehrheitsdemokratie.

Diese Demokratie ist – so die Ausgangsthese weiter – in dem Maße auf das »*legitimatorische Placet*«, die Akzeptanz in der Bevölkerung, angewiesen, in dem

die betreffende Gesellschaft sich der eigenen Richtigkeits- und Wichtigkeitsüberzeugungen – und damit wesentlicher ihrer Legitimitätsgrundlagen – nicht mehr kraft Tradition, qua Institution oder aufgrund formaler Legitimation allein sicher sein kann. Legitimität muß sich also verstärkt auch aus anderen, subjektiv-sozialen Quellen herleiten. Auch diese Zustimmungserwartungen sind jedoch unsicher geworden, Einverständnishandlungen stellen sich immer häufiger als Risikohandeln heraus. Aus diesem Grund muß die Demokratie die faktische Akzeptiertheit und prinzipielle Akzeptierbarkeit ihrer Entscheidungen und Entscheidungsgrundlagen ständig (über-)prüfen und sich bei stets ungewissem Ausgang mit ihren Mitgliedern auch über all das erst verständigen, was unter den Bedingungen einer weniger weit fortgeschrittenen Individualisierung und Demokratisierung auch ohne Abstimmung und ausdrückliche Rückversicherungen noch »von-selbstverständlich« und in aller Regel fraglos akzeptiert war.

Genau dies ist nun nicht mehr der Fall: Ausschließlich von den Systemen her betriebene Maßnahmen der Legitimations(ab)sicherung bleiben in immer mehr Politikbereichen ein Strohfeuer. Eine selbstlegitimatorische »*Legitimation ohne Akzeptanz*« wird zur Parade, die keiner abnimmt, und gleicht einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung. Aber auch »*Effizienz ohne Akzeptanz*« wird zum Glücksfall, auf den gerade rationale Politik nicht spekulieren kann. Die Legitimation stößt an ihre Grenzen oder gerät zum »*legitimatorischen overspill*«, der seine eigentlichen Adressaten verfehlt. Zusammen mit gefährdetem »*Systemvertrauen*« – ein zwischen Personifizierung und Abstrahierung symptomatischer Begriff zur Beschreibung dieses gebrochenen Verhältnisses – bedeutet dies eine Herausforderung für die Mehrheitsdemokratie und wird zum Angriff auf ein System, das den »*Ernstfall kollektiver Nicht-Akzeptanz*« nicht mehr straflos ignorieren kann.

Stattdessen müssen Stimmungen und Zu-Stimmungen mit verfeinerten Instrumenten erst eruiert, dann mit wachsendem Begründungsbedarf und steigendem Argumentations- und Überzeugungsaufwand erzeugt und schließlich mit erweiterten Rechtfertigungspflichten erkaufte werden. In all dem – so die im nächsten Abschnitt zu spezifizierende Generalthese – manifestieren sich als Folge sowohl des »*Strukturwandels der Öffentlichkeit*« (Habermas 1962, 1990) als auch des »*Strukturwandels der Legitimation*« (Dux 1976) Anzeichen eines »*Strukturwandels der Demokratie*«.

Strukturwandel der Demokratie

Konnte Helmut Schmidt zur Zeit seiner Kanzlerschaft noch unwidersprochen darüber Klage führen, einen Großteil seiner Arbeitszeit darauf ver(sch)wenden zu müssen, Wählern Entscheidungen zu begründen, die er in Einsamkeit und Freiheit längst getroffen hatte, so ist Akzeptanzbeschaffung »auf breiter Basis« heute legitimer Bestandteil politischen Handelns und bindet einen erheblichen, wenn auch nicht genau berechenbaren Teil des verfügbaren Problemlösungspotentials. Allein die Macht der selbst parlamentarische Immunität aufhebenden In-Akzeptanz in der Bevölkerung verbietet es, nur noch auf Legalität zu setzen und allein auf die Rechtfertigungskraft der Institutionen und die verblässende Sachkompetenz ihrer Autoritäten zu vertrauen. Sie gebietet es, sich auf notfalls wechselnde Mehrheiten zu stützen. Das heißt: Die politische Herrschaft muß auf eine in ihren Fundamenten verbreiterte und zugleich »nach unten« verlagerte Grundlage gestellt werden.

Die Folge ist, daß die politischen Akteure – und mit ihnen die wahlberechtigte Bevölkerung – sich in mittlerweile zum Dauerzustand gewordenen Abstimmungs-, Koordinierungs-, Kompromiß- und Konsensfindungsprozessen befinden. Demoskopische Akzeptanz- und Akzeptabilitätstests, regelmäßig erhobene Protestpotentiale und vorsichtshalber durchgeführte Probeabstimmungen gehören inzwischen, wie der TED und andere Sympathiebarometer, zum Erscheinungsbild unserer Gesellschaft. Gemeinsam erlauben sie es, diese in Anlehnung an das Schlagwort von der »Stimmungsdemokratie« (Oberreuter 1987) als »Abstimmungsgesellschaft« zu kennzeichnen (Lucke 1995).

Zur selben Zeit müssen immer mehr Dimensionen und Phasen politischen Handelns in das Akzeptanzkalkül einbezogen werden. Notwendig gewordene Akzeptabilitätsprüfungen haben sich auf die Entstehungs- und Begründungszusammenhänge von Entscheidungen ebenso zu erstrecken wie auf deren Ergebnisse und die mit ihnen erzielten Wirkungen und potentiell irreversiblen Folgen. Damit wächst die Wahrscheinlichkeit, daß Entscheidungsergebnisse auch ohne (Aner-)Kenntnis ihrer Prämissen akzeptabel erscheinen und bei rationalisierungsbedingt verlängerten Handlungsketten (Claessens 1965) tatsächlich akzeptiert werden. Umgekehrt wird in allen nur denkbaren Konstellationen die Möglichkeit wahrscheinlich(er), daß die Motive und Intentionen einer politischen Entscheidung zwar gebilligt, die Ergebnisse und die möglicherweise erst Jahrzehnte oder Generationen später eintretenden Folgen aber verworfen werden (müssen). In der Sprache des Erbrechts: Es fällt immer mehr »unter die Akzeptanzmasse« und wird zur nicht mündelsicheren Hypothek auf die Zukunft.

Gleichzeitig – und dies bezeichnet das gegenwärtige »Dilemma der Legitimi-

tät« – müssen Entscheidungen über Akzeptierbarkeit und faktische Akzeptanz, z.B. bei neuen Technologien oder Bundeswehreinsetzungen, immer kurzfristiger und im konkreten Fall schneller getroffen werden. Dies kann oft nur unter Akzeptanz des Negativ-Ziels »*akzeptabilisierter*« (Rest-)Risiken oder über *Verträglichkeitsanalysen* als *erträglich* definierter Grade an Bedrohung und Unsicherheit geschehen. Berührt werden dann u.U. auch die Akzeptanzbereitschaften und Interessen derer, die in der Gegenwart ohne »*Sitz und Stimme*« sind. Zeitgenossenschaft wird (so) zum grenzenlosen Existenzrisiko, »*Demokratie*« ist auch in diesem Sinne »*gewagt*«. Den Hintergrund dieser Entwicklungen bildet ein umfassender »*Strukturwandel der gesellschaftlichen Akzeptanz*«.

Strukturwandel der gesellschaftlichen Akzeptanz

Der Strukturwandel der Akzeptanz vollzieht sich in Widersprüchlichkeiten und einsetzenden Gegenbewegungen als Abkehr vom alten Legitimitätsglauben und einer über jeden Zweifel erhabenen Selbstgewißheit hin zu einer demokratischen »*Streit- und Erwägungskultur*« (Sarcinelli 1991). In ihr wird die »*Legitimation qua Verfahren*« durch die »*Legitimation qua Akzeptanz*« allmählich ersetzt. Während die »*Legitimation qua Verfahren*« lediglich die Akzeptanz des Verfahrens bei den Verfahrensbeteiligten zur Voraussetzung hatte, wird die »*Legitimation qua Akzeptanz*«, etwa als »*Akzeptanz qua Partizipation*«, über Verfahrensbeteiligung erst hergestellt. Sie gelingt oft auch dort, wo Entscheidungsergebnisse ohne diese Beteiligung nicht akzeptiert worden wären. Letztlich bedeutet dies nichts anderes als den Übergang von einem prozeduralisierten Demokratieverständnis mit formaler Legalitäts- und repräsentativ-bürokratischer *Routinelegitimation* hin zu einer plebiszitär-partizipatorischen Demokratie mit *Quoten- und Votenkultur*.

In ihr ist Akzeptanz als die »*Chance, für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierbaren Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können*« (Lucke 1995: 104) – so die in Anlehnung an Max Webers Herrschaftsdefinition vorgeschlagene Bedeutung der »*Akzeptanz*« – in immer mehr Angelegenheiten für größer werdende gesellschaftliche Gruppierungen problematisch geworden. Ihre Unterstellung geschieht – in einer geringfügig variierten Begriffsanleihe bei Theodor Geiger (1970: 68 ff., 1947) – unter dem Damoklesschwert der »*alternativen Wirkungschance der Nicht-Akzeptanz*«.

Zurecht gehegte Akzeptanzerwartungen bestehen bei vergrößerter Eintrittswahrscheinlichkeit der Ablehnung zumeist nur noch vorübergehend. Und auch die einmal gegebene Zustimmung bleibt an eine Reihe von Bedingungen und Rückzugskautelen gebunden. Beides deutet – bei vorhandener Notwendigkeit der u.a. gegenstandsbezogenen Differenzierung – auf neue Typen einer *konditionalen, kontingenten* und hochgradig *kontextuellen Akzeptanz* hin. Diese ist bis in ihre prinzipielle Unterstellbarkeit hinein fraglich geworden. Ihr Placet erteilt sie nur noch bis auf weiteres, bis zum gegebenenfalls auch unbegründeten Widerruf.

Wenn darüber hinaus heute schon weniger die versagte Zustimmung und der nur noch scheinbare Mut zur Alternative als vielmehr das Einverständnis und die vollständige Übereinstimmung der Begründung bedürfen, und wenn das Unisono der »Ja«-Sager mit hochprozentig gleichlautenden Abstimmungsergebnissen als alarmierender empfunden wird als die orchestrierte Dissonanz der Zweifler, dann manifestiert sich hierin nicht unbedingt, wie in der Wertewandeldiskussion permanent postuliert, ein pauschales Sinken von Akzeptanzwerten. Vielmehr handelt es sich um eine für die »Establishment-Demokratie« (Dienel 1991) bedrohliche Umkehr von Abhängigkeiten: Die Etablierten müssen sich der Alternativen, die (Partei- und Gewerkschafts-)Spitzen der Delegierten und Funktionäre, die »Berufsdemokraten« der »Basisdemokraten«, die Institutionen ihrer Klientelen – und nicht umgekehrt – versichern. Selbst nicht-expertenhaft autorisierte Kritik und Minderheitenvoten können hierbei nicht mehr in früherer Konsequenzlosigkeit konsequent ignoriert werden. Auch diese Verkehrung des Verhältnisses von Experten und Laien, Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten trifft die Legitimitätsgrundlagen dieser Demokratie im Kern.

War eine auf ihr »Stimm«-Bürgertum reduzierte »Wahl«-Bevölkerung gerade recht für die unter Erhard betriebene Nachkriegs-»Politik ohne Experimente«, so lassen Bürgerinnen und Bürger heute sich immer weniger als »Votenproletariat«, das nicht mehr als die eigene Stimme – und diese auch nur alle vier Jahre – zu vergeben hat, einstufen und auch nicht mehr so behandeln. Stattdessen machen sie ihr Wahlrecht zunehmend auch zwischen den Wahlen geltend. Dabei ersetzen sie ihr Recht auf »vote« immer häufiger durch den Anspruch auf »voice«. Galt das Prinzip: »Mehrheit ist Mehrheit«, selbst wenn diese einstimmig und die eigene war, zu Adenauers Zeiten noch ohne wesentliche Einschränkungen, so ist die Bevölkerung nun auch gegenüber dem rein rechnerischen Mehrheitsentscheid deutlich skeptischer geworden und mit der Arithmetik parlamentarischer Zahlenspiele, Grenzwerten, Eckdaten und Prozentsätze allein nicht mehr so leicht zu überzeugen.

Im Zuge der Rationalisierung nicht nur demokratieerfahren geworden und

mit der Problematik des »one (wo)man, one vote«-Prinzips hinlänglich vertraut, schlagen sie die Rationalisierer auch auf anderen Rationalisierungsebenen mit gleichen Waffen. Sie tun dies immer häufiger erfolgreich, und raffinierter noch: Nach Lügen gestraften »letzten Wahrheiten« und bis Tschernobyl wissenschaftlich-technisch abgesegneten »Tod«-Sicherheiten gehen immer mehr von ihnen dazu über und konterkarieren eine systemseitig übersteuerte »Politik des Als ob« (alles gesichert und planbar sei) mit einem respektlosen »Na und?!«, gegen die jedes rationale Argument machtlos ist.

Auf der anderen Seite tritt – in einer Formulierung Noelle-Neumanns (1980) – die »abstrakte Macht der öffentlichen Meinung« als Bindeglied zwischen Regierende und Regierte. Sie macht den Vorgang politischen Annehmens und Ablehnens immer weniger zu einer Angelegenheit unmittelbarer Anschauung und individueller Überzeugung. Stattdessen stellt sie das demokratische Votum – mit Georg Simmel – »auf den sozialen Boden« der Intersubjektivität, des unterstellten Konsens und der auch nur vermuteten Majorität (Simmel 1984, 1908). Auf diese Weise tritt anstelle der auf subjektiver Realitätsprüfung und eigener Urteilskraft basierenden Akzeptanz eine von Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten vermittelte und nur noch abstrakt repräsentierte Akzeptierbarkeit, die fälschlicherweise, worauf insbesondere Meyer-Abich/Schefold (1986: 34) hingewiesen haben, z.T. mit faktischer Akzeptanz gleichgesetzt wird. Solche Akzeptanz gilt, wenn sie erteilt wird, der von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren ermittelten »Sozialverträglichkeit« der neuen Technologie. Das informierte Einverständnis, der »informed consent«, stützt sich auf die von Finanzfachleuten festgestellte »soziale Ausgewogenheit« der Steuerreform oder glaubt – dem Gottvertrauen des mittelalterlichen Menschen nicht ganz unähnlich – an die von Pharmakonzernen im Verbund mit den Gesundheitsämtern attestierte »gesundheitliche Unbedenklichkeit« von Arzneimitteln und Schadstoffemissionen.

Zur selben Zeit beziehen politische Stellungnahmen sich immer mehr auf Reaktionen auf Handlungen, Personen und Ereignisse – und immer weniger auf diese selbst. Diese »Akzeptanz zweiter Ordnung« gilt dem unter dem Druck der öffentlichen Meinung verankerten Rechtsanspruch, nicht seiner praktischen Einlösung und auch nicht dem Schicksal der hiervon Betroffenen. Ablehnung richtet sich gegen das Klima, nicht gegen die Tat. Mit-Leiden besteht im Mit-Leuchten in Lichterketten; Betroffenheit äußert sich im Aufgeben von Gemeinschaftsannoncen (»Sozialwissenschaftler gegen den Atomkrieg«) oder erübrigt sich durch von den Entrüstungsdarstellern der Republik medienwirksam zur Schau getragene Einmischung.

Akzeptanz zu beschaffen, wird einerseits – so die aus dem skizzierten Struk-

turwandel der Demokratie zu ziehende Schlußfolgerung – in immer größerem Umfang erforderlich. Andererseits ist sie immer schwerer – und zwar im zweifachen Wortsinn der Erst- und der Ersatzbeschaffung – zu erhalten. Umso mehr Bedeutung gewinnt vor dem Hintergrund einer analog zur »Paradoxie der Rationalisierung« (Schluchter 1976) diagnostizierbaren »Paradoxie der Akzeptanz« das strategische Sich-Wappnen gegen Widerspruch und wahrscheinlicher gewordenen Protest.

Strategien der Akzeptanzbeschaffung

Angesichts anspruchsvoller gewordener Legitimitätsanforderungen und z.T. selbstproduzierter Rechtfertigungszwänge erweist die Lernfähigkeit der Demokratie sich u.a. in der Fähigkeit ihrer Repräsentanten, mit Akzeptanz- und Akzeptierbarkeitsproblemen umzugehen. Dieses »Akzeptanzmanagement« besteht zu einem wesentlichen Teil in generalabsolutiver Akzeptanzrhetorik, wenn z.B. »non decisions« mit »fehlender Akzeptanz in der Bevölkerung« begründet und notwendige Reformen mit Hinweis auf deren Nicht-Vermittelbarkeit von vornherein unterlassen werden. Beim Bemühen, wenn überhaupt, dann nur in Einklang mit Vorstellungen der Bevölkerung zu handeln, bewegen sich die Politikerinnen und Politiker auf dem schmalen Grat zwischen populistischer Anbiederung auf der einen und realistischer Einschätzung des Wählerwillens und dessen authentischer Respräsentation auf der anderen Seite. Demoskopisch gestützt und (sozial-)wissenschaftlich beraten, setzen sie sich als Volkstribunen moderner Prägung zugleich dem Vorwurf aus, »Demokratie durch Demoskopie« ersetzen zu wollen oder sich dem »Druck der Straße« zu beugen.

Politische Fähigkeit zeigt sich u.a. in der – seit 1968 verstärkt – gewinnbaren Einsicht, daß es nicht genügt, an der »Legitimationskurbel« zu drehen, wenn nicht gleichzeitig sichergestellt ist, daß diese an der »Akzeptanzschraube« auch wirklich greift. Demonstrierte Bürgernähe und eine auch in ihren Legitimationsfloskeln und leeren Rechtfertigungssentenzen abgenommene Kreditabilität werden dadurch zu immer wichtigeren Akzeptanzkriterien und Qualifikationsvoraussetzungen. Als Politiker in dieser Demokratie disqualifiziert sich umgekehrt, wer die Zustimmung wiederholt falsch erwartet oder das Einverständnis, nicht nur bei absehbar unpopulären Maßnahmen, zu Unrecht unterstellt. Im Zweifel schaden Irrtümer über Akzeptanz und Akzeptierbarkeit der politischen Karriere mehr als falsche Sachentscheidungen. Alles zusammen kreiert den Typus des Politikers mit dem Outfit und Habitus des gebrieften »business man« und dem

Talent des populären »*showstars*«, dem es – den Blick für das Publikum unsichtbar auf die nächsten Wahlen geheftet – leidenschaftslos gleichgültig ist, ob er Markenprodukte oder politische Mehrheiten promoviert.

Hinter den Kulissen gelten die »*gentlemen's*« und nicht viel anders auch die »*ladies' agreements*« in der Politik dem nichtssagenden und nur deshalb mehrheitsfähigen Zehn-Punkte-Papier, dem Seriosität signalisierenden Forschungsmoratorium oder dem weiteren Procedere, auf das sich selbst die verfeindeten Konfliktparteien, bevorzugt nach Mitternacht, in aller Regel noch verständigen können. Maßstabssurrogate, wie die Sitzungslänge, die Dauer einer Reformdiskussion oder die Anzahl und Hochkarätigkeit eingeholter Gutachten, treten an die Stelle sach- und problembezogener Entscheidungen und werden zu Gütekriterien einer Politik, die ihre sogenannten Handlungserfolge am an politrhetorischem Zynismus kaum mehr zu überbietenden »*Konsens über das Konsensmodell*« mißt.

Auch der *Handel mit Akzeptanz* spielt in dieser Politik eine zentrale Rolle. In ihr wird Zustimmung, wie andere generalisierte Kommunikationsmedien, zum Tauschobjekt und politisch wohlfeilen Kapital. Sein Einsatz hat mit Ulrich Beck die »Zustimmung ohne Wissen, wozu« (Beck 1991: 142), in einer von mir an anderer Stelle entworfenen Akzeptanztypologie das »substanzlose Placet der Ignoranz« (Lucke 1995: 216 ff.) zur Voraussetzung. Eine vor diesem Hintergrund betriebene *Konsensmathematik* ist in der Hauptsache auf die Einhaltung vorgeschriebener Quoren bedacht und ansonsten darauf beschränkt, Quoten in Voten zu transformieren und die Quantität der einen als Qualität der anderen auszugeben.

Solche Politik wird von der Problemlösungs- und Sachpolitik zur *Konsensfindungspolitik* für prinzipiell beliebige Maßnahmen und Ziele. Am Ende ist sie nur noch rhetorische *Akzeptanzbeschaffungspolitik* und als solche nicht mehr als eine symbolische Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners oder auch größtmöglichen Vielfachen, welche ihre Mehrheitsbeschaffer nach außen diskreditiert und in Wirklichkeit auf sie angewiesen ist. Der vorrangige Erhalt von Zustimmung bei gleichzeitiger Vermeidung absehbaren Dissenses setzt Prioritäten und mündet immer häufiger in der »*Konsenskatastrophe*« und im »*Akzeptanzdesaster*«, bei dem Konsens und Akzeptanz Politik ersetzen und politische Untätigkeit legitimieren.

Zusammenfassung

Grenzen der Legitimation manifestieren sich

1. in der sachlichen, zeitlichen und sozialen Generalisierung akzeptanzrelevanter Themen und von der Akzeptanz in der Bevölkerung abhängigen politischen Entscheidungen.
Sie manifestieren sich
2. in Bedeutungsverlagerungen einzelner Akzeptanztypen;
3. in gestiegenen Legitimitätsanforderungen und qualifizierteren Maßstabkriterien für Akzeptanz und Akzeptabilität,
sowie in Reaktion hierauf
4. in einem wachsenden Stellenwert der Akzeptanzbeschaffung und in ständig elaborierter werdenden Strategien der Akzeptanzsicherung.

Im Anschluß daran stellt sich die Frage: Ist die Demokratieentwicklung in Deutschland mit nicht nur im Vergleich der alten und neuen Bundesländer veränderten *Akzeptanzlandschaften* typisches Kennzeichen einer „*Gesellschaft im Umbruch*“ und damit vorübergehender Art? Oder indizieren die vor dem Hintergrund eines umfassenden Strukturwandels der Akzeptanz interpretierten Grenzen der Legitimation – nach Legitimationsproblemen von Spätkapitalismus und Sozialstaat – einen in dieser Form und Massierung neuen Krisentypus? Dieser könnte sich in der Koinzidenz von Akzeptanzkrisen auch des Rechts sowie von Technik und Wissenschaft weiter verschärfen und schließlich in eine Legitimitätskrise nicht nur der »*Mehrheitsdemokratie*« (Guggenberger/Offe 1984), sondern des verwissenschaftlichten und sozialtechnokratisch durchrationalisierten Gesetzgebungsstaats insgesamt münden.

Letzteres liegt nahe, seitdem das demokratische Wahlverfahren und der Mehrheitsbeschluß sich nicht mehr aus sich selbst heraus gegen systemfremde Einwände immunisieren, die »*Legitimation durch Verfahren*« (Luhmann 1969) allein immer weniger Entscheidungen trägt und politisch durchsetzbar macht und selbst der sprichwörtliche »*Konsens der Demokraten*« das Placet der Wählerinnen und Wähler nicht mehr automatisch zu garantieren vermag. Dies gilt umso mehr, seitdem parallel zum Legitimitätsverfall der Politik auch andere Rationalitätsvorsprünge schwinden und weder das Gütesiegel der wissenschaftlichen Expertise noch das juristisch wasserdichte Argument oder der entschlichte Sachzwang die Demokratie vor der Kritik und skeptischen Distanz ihrer Bürgerinnen und Bürger schützt.

Wenn nun aber – hiervon unabhängig – Modernisierungsrisiken und Rationalisierungskonflikte sich nicht mehr nur als systemseitige Legitimationsproble-

me, sondern mit zunehmender Tendenz auch als Akzeptanzprobleme auf Seiten der Subjekte (dar-)stellen und die Probleme sich auch praktisch-politisch nicht mehr ausschließlich legitimatorisch lösen lassen, dann verlangt dies einen nicht nur in der Theorie zu vollziehenden *Perspektivewechsel* von der Legitimation der Systeme zur Akzeptanz durch die *Akteure*. Jenseits der soziologisch auch in anderen Fällen bewährten Strategie des Erkenntnisgewinns qua Wechsel der Perspektiven bedeutete eine solche *Neuorientierung* zugleich eine Aufwertung des bürgerlichen Subjekts, das politische Maßnahmen und demokratische Entscheidungen akzeptieren *kann*, aber nicht *muß* – und dies tatsächlich immer seltener tut. Eine solche in der politischen Philosophie Kants und Hannah Arendts angelegte „*citizenship*“, etwa im Sinne von Thomas H. Marshall (1992), ginge dann auch über das Webersche »*Legitimitätseinverständnis*« hinaus.

Literatur

- Beck, Ulrich (1991), Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt a. M.
- Claessens, Dieter (1965), Rationalität revidiert, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1965: 465-476.
- Dienel, Peter C. (1991), Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Opladen (2.Aufl.).
- Dux, Günter (1976), Strukturwandel der Legitimation. Freiburg.
- Geiger, Theodor (1970), Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts. Neuwied/Berlin (2.Aufl., zuerst: 1947).
- Guggenberger, Bernd/Offe, Claus (Hg.) (1984), An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Opladen.
- Habermas, Jürgen (1962), Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied und Berlin (5.Aufl. 1971, Neuaufl.: Frankfurt a. M. 1990).
- Lucke, Doris (1995), Akzeptanz. Legitimität in der »Abstimmungsgesellschaft«. Opladen 1995.
- Luhmann, Niklas (1969), Legitimation durch Verfahren. Neuwied/Berlin.
- Marshall, Thomas H. (1992), Bürgerrechte und soziale Klassen. Studien zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Frankfurt a. M.
- Meyer-Abich, Klaus Michael/Schefold, Bertram (1986), Die Grenzen der Atomwirtschaft. München
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1980), Die Schweigespirale. München/Zürich.
- Oberreuter, Heinrich (1987), Stimmungsdemokratie. Strömungen im politischen Bewußtsein. Zürich/Osnabrück.
- Sarcinelli, Ulrich (Hg.) (1991), Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern. Opladen.

- Schluchter, Wolfgang (1976), Die Paradoxie der Rationalisierung. Zum Verhältnis von »Ethik« und »Welt« bei Max Weber, in: *Zeitschrift für Soziologie* 1976: 256-284.
- Simmel, Georg (1984), Exkurs über die Überstimmung. In: Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hg.): *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*. Opladen (Wiederabdruck aus: ders., *Soziologie*, 1908: 186-197).
- Weber, Max (1922), *Wirtschaft und Gesellschaft*. 1. Halbband. Tübingen (5.Aufl. 1972).

